bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 18 | 28. August 2008

Rechte Szene 2

„Hochrangige Patrioten"
Köln erwartet vom 19. bis 21. September ein Stelldichein prominenter europäischer Rechtsausleger in geballter Form.

„Tournee-Theater"
Die schwachbrüstige NPD in Brandenburg wird von Neonazis und „Kameraden" aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Unerwünschte Gäste
Trotz juristischer Niederlage: „Stiftung Kontinent Europa" (KSE) besucht Schweriner Landtag.

Knastkameraden
Solidaritäts-T-Shirts für einen Polizistenmörder – Ermittlungen gegen den „JVA-Report" in Wittmund aufgenommen.

„Urarische Religion"
Rechter Aufmarsch gegen Hindu-Tempel.

Ausland 6

„Gezielte Fremdeinflüsse"
Dem Rechtausleger FPÖ werden bei den Nationalratswahlen in Österreich gute Chancen eingeräumt.

Seitenblick 8

Tod nach Disco-Besuch
Mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist schlägt und tritt Gleichaltrigen zu Tode.

Demokratische Initiativen 9

Schöner wohnen ohne Nazis
Ein Magdeburger Stadtteil wehrt sich gegen braune Unterwanderung.

Wider den braunen Ungeist
Schüler-Bands aus Wunsiedel rocken gegen Rassismus.

Blick in die Zeitgeschichte 11

NS-Gräueltaten aufgeklärt
Vor 50 Jahren wurden die Urteile im Ulmer Einsatzgruppen-Prozess gesprochen – das Verfahren erfuhr große öffentliche Aufmerksamkeit.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Hochrangige Patrioten"

Köln erwartet vom 19. bis 21. September ein Stelldichein prominenter europäischer Rechtsausleger in geballter Form.

Die Rechtspopulisten von „pro Köln“ und „pro NRW“ laden vom 19. bis 21. September zu ihrem „Anti-Islam-“ beziehungsweise „Anti-Islamisierungs-Kongress“ ein. „Noch nie waren so viele und so hochrangige patriotische und islamkritische Politiker, Publizisten, Schriftsteller und Internetblogger aus ganz Europa in einer Stadt versammelt“, meint der „pro NRW“- und „pro Köln“-Vorsitzende Markus Beisicht. „Rechtsdemokratisch“ nennt der Leverkusener Rechtsanwalt zuweilen das Spektrum der Eingeladenen; es handele sich um „hochangesehene“ Politiker aus ganz Europa. Tatsächlich wird Köln ein Spitzentreffen der extremen Rechten (West-)Europas erleben – jedenfalls jenes Teils der extremen Rechten, der einerseits nicht explizit auf neonazistische Traditionslinien Bezug nimmt und andererseits im Unterschied zu den deutschen Rechtsaußen trotz oder wegen seiner rassistischen Politik auch dauerhaft Erfolge bei Wahlen vorweisen kann. Komplettiert wird der Auflauf durch deutsche Vertreter, die jenseits der Union auf der Suche nach neuen Formationen sind, denen nicht gleich das Schmuddelimage einer NPD anhängt.

Aus Frankreich werden der Vorsitzende des „Front National“ (FN), Jean-Marie Le Pen, erwartet, aber auch Vertreter der FN-Abspaltung „Mouvement national républicain“ (MNR) mit ihrem Generalsekretär Nicolas Bay. Gleich durch zwei Parteien vertreten ist auch Italien: durch Luciana Martena von der postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN) sowie Mario Borghezio, ein wegen vorsätzlicher Brandstiftung verurteilter Vertreter der Lega Nord. Nicht fehlen dürfen bei einer Veranstaltung von „pro Köln“ deren Vorbilder von der FPÖ, darunter ihr Vorsitzender Heinz-Christian Strache, ihr Generalsekretär Harald Vilimsky und der Europaabgeordnete Andreas Mölzer. Aus Belgien wird der Vlaams Belang (VB), der mit Filip Dewinter einen der Hauptredner stellen soll, mit „etlichen hundert Patrioten“ in der Domstadt erwartet, wie „pro Köln“ mitteilte. Der VB übernimmt zudem bei der Vorbereitung des Kongresses organisatorische Aufgaben.

Aus der Liste der Redner hat „pro Köln“ vor zwei Monaten stillschweigend Nick Griffin gestrichen. Das Vorstrafenregister des Vorsitzenden der British National Party (BNP) und Holocaust-Leugners, so darf vermutet werden, hat die „pro“-Oberen in diesem Fall einen Rückzieher machen lassen. Zwar ist auch Jean-Marie Le Pen wegen der Relativierung des Holocausts vorbestraft. Doch anders als im Fall des in Deutschland weithin unbekannten Griffin mag man bei „pro Köln“ auf den Namen des Franzosen, der in „besten“ Zeiten bis zu 17 Prozent der Stimmen holte, nicht verzichten.

Aus Deutschland werden der „Nation&Europa“-Mitherausgeber Harald Neubauer, der Ex-FDPler Heiner Kappel, der sich in den letzten Jahren unter anderem bei der Deutschen Partei um einen Neuaufbau von Strukturen rechts der CDU bemühte, sowie der aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche erwartet. Nitzsche hat sich dem Jargon der Rechtspopulisten vom Rhein schon bruchlos angepasst: „Dieser Anti-Islamisierungskongress soll in die Geschichte eingehen, als der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten“, ließ er per Grußwort wissen.

Der Kölner Kongress hat eine doppelte Funktion: Einerseits soll er den Auftakt für den Kommunalwahlkampf in NRW bilden. Andererseits soll er, wie Beisicht erklärte, einen Beitrag dazu leisten, „eine supranationale Plattform der europäischen Rechtspopulisten dauerhaft zu installieren“. Insgesamt ist bei „pro Köln“ von „mehreren Hundert geladenen Kongressteilnehmern“ die Rede. Zum Höhepunkt der Veranstaltung, der Kundgebung am 20. September auf dem Heumarkt, erwartet Beisicht gar „mehrere Tausend Besucher“. Beginnen soll das Programm bereits freitagabends mit einer „internationalen Pressekonferenz“ und einer „‚alternativen Stadtführung‘ durch Kölns Multikulti-Problemviertel“. Sonntags steht noch eine interne Abschlussveranstaltung in Leverkusen auf dem Programm. Die Kölner Polizei rechnet mit 40 000 Teilnehmern an den bislang fünf angemeldeten Gegenveranstaltungen zum Anti-Islam-Kongress.

Tomas Sager

„Tournee-Theater"

Die schwachbrüstige NPD in Brandenburg wird von Neonazis und „Kameraden" aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Bei der Kommunalwahl Ende September in Brandenburg hat die NPD Kandidaten für zwei weitere Landkreise aufgestellt: die Uckermark und Spree-Neiße in der Lausitz. Wie berichtet, hat es die rechtsextreme Partei nicht geschafft, landesweit nach dem Vorbild Sachsens für die Kreistage anzutreten. Allerdings mehren sich Berichte über Aktionen von Parteimitgliedern, die in mehreren Städten Brandenburgs Bürger bedrängt und genötigt haben sollen, eine Unterstützerunterschrift zu leisten. Bislang sitzt die NPD nur in den Kreistagen von Oberhavel und Oder-Spree. Deshalb muss sie andernorts Unterstützer für einen Wahlantritt vorweisen. Mit einer „aggressiven Art" seien die Rechtsextremisten deshalb nun vor Rathäusern und Einwohnermeldeämtern aufgetreten, hieß es. „Viele Leute haben sich beschwert, weil sie sich belästigt fühlten", sagte etwa die Wahlleiterin im Kreis Havelland.

Ebenso aggressiv seien die Kader auch in Spree-Neiße aufgetreten, erklärte der dortige Wahlleiter. Offensichtlich haben Freie Kräfte aus Sachsen die Aktionen der Partei unterstützt. Ende Juni marschierte ein Trupp von 40 Neonazis mit Transparenten und Fahnen durch ein Dorf und verteilte Flugblätter. Mit dem Motto „Wir weichen nicht", versucht die NPD, sich bei den Gegnern von Dorfumsiedlungen für Braunkohletagebau anzubiedern, verteilt Anti-Bergbau-Flugblätter in den Briefkästen in der Region und setzt dabei auf „das Menschenrecht auf Heimat für viele Deutsche".

Der Verfassungsschutz berichtet, die von der Partei eingebundene Neonazi-Szene im Raum Cottbus und Spree-Neiße unterstütze die personell schwache NPD bei den Wahlen. Größere Sorge bereitet den Verfassungsschützern aber die enge Verbindung zwischen Neonazis und der Kameradschaftsszene in der Lausitz über die Landesgrenzen hinweg. So greift die NPD wegen Personalmangels auf ihr stärkeres Netzwerk in Sachsen zurück, über das weitaus mehr Neonazis für Aktionen in der Lausitz aktiviert werden können. In der Nacht zum 1. Mai zogen so mehr als hundert „Nationale Sozialisten" mit Fackeln durch ein Neubaugebiet in Cottbus.

Tatsächlich sind NPD und Freie Kräfte in Brandenburg nicht so stark wie in Sachsen, der Aktionismus hat in der Hauptstadtregion daher Grenzen. So wurde eine Demonstration in Wildau abgesagt, die zeitgleich mit einem NPD-Aufmarsch in Berlin-Neukölln stattfinden sollte. Die Landespartei in Brandenburg teilte mit: „Die Aktivisten haben in den letzten Tagen noch Außenhilfe bei der Unterschriftenaktion in den Landkreisen Uckermark und Spree-Neiße geleistet. Mit einem enormen Kraftakt konnte der Wahlantritt in den beiden Kreisen gesichert werden." Es sind die immer gleichen Aktivisten, die Wahlstände aufstellen und Veranstaltungen anderer Parteien stören. Aus verschiedenen Orten wird nun berichtet, Parteikader seien mit Bussen herangekarrt worden, um für Unterstützerunterschriften zu werben. Experten sprechen von einem „Tournee-Theater mit den Kreisverbandshäuptlingen".

Auch ideologisch holt sich die NPD Hilfe aus Sachsen. Als Redner trat Andreas Storr in den vergangenen Wochen verstärkt in Brandenburg auf. Er stammt aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene in Berlin und hat in Sachsen ein Kreistagsmandat errungen. Zugleich ist er Landessprecher der sächsischen NPD. Lennart Aae, parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag gab in Brandenburg Nachhilfe in Sachen „raumorientierte Volkswirtschaft".

Die NPD träumt von einer Ost-Achse von Schwerin nach Dresden mit Brandenburg und der Parteizentrale in der Mitte. Daher überrascht es nicht, wenn auch Kameraden aus Vorpommern bei den Unterschriften-Aktionen in der Uckermark helfen. Dieser Landkreis im Nordosten Brandenburgs stand zuletzt wegen des brutalen Mordes an einem 55-jährigen Mann mutmaßlich durch zwei einschlägig vorbestrafte Neonazis in den Schlagzeilen. Zur Tatzeit sollen sie T-Shirts mit den Aufdrucken „Rudolf Heß" und „Frontkämpfer" getragen haben. Bereits wenige Tage nach dem Mord teilte NPD-Landessprecher Thomas Salomon mit, entgegen ersten Ankündigungen doch in der Uckermark Kandidaten aufstellen zu wollen. Salomons Kommentar: „So ein wertvolles Pflaster kann man nicht ungenutzt lassen."

Alexander Fröhlich

Unerwünschte Gäste

Trotz juristischer Niederlage: „Stiftung Kontinent Europa“ (KSE) besucht Schweriner Landtag.

Schwerins NPD-Landtagsfraktion gilt nicht gerade als Hort von Rechtsintellektuellen. Bisher stand vielmehr der demonstrative Schulterschluss mit der nicht selten neonazistischen Basis in Form von Kameradschaften im Vordergrund. Doch seitdem Andreas Molau, ehemals Waldorflehrer und immer noch Vorstandsmitglied der „Stiftung Kontinent Europa“ (KSE), zum Pressesprecher der NPD-Fraktion aufstieg, will sie sich nun einen stärkeren intellektuellen Anstrich geben.

Ein erster Schritt in diese Richtung war eine Tagung der europaweit tätigen KSE, die am 7. und 8. August 2008 unter der persönlichen Schirmherrschaft des NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs in der Landeshauptstadt Schwerin ausgerichtet wurde. Während sich Beobachter die Frage stellten, warum ausgerechnet die bisher bedeutungslose Stiftung nach Schwerin geholt wurde, erhofft sich Pastörs von ihr nach eigenen Angaben „europapolitische Impulse“ für die Fraktionsarbeit. Als „Dankeschön“ durfte Stiftungsgründer Patrik Brinkmann, der nach Angaben Molaus nunmehr sogar nach Berlin umgezogen sein soll, denn auch in der aktuellen Ausgabe der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ einen Kommentar veröffentlichen, in dem er die Rechtsextremisten dazu aufrief, durchzuhalten und aus der von ihm gespürten „Frühlingsluft ein Völkererwachen“ zu machen.

In einer am 7. August 2008 abgehaltenen Pressekonferenz im Vorfeld der Tagung, an der neben Pastörs auch Brinkmann teilnahm, gestand Pastörs nach Angaben von Pressevertretern denn auch intellektuelle Defizite der eigenen Fraktion ein, die durch Sachverstand von außen kompensiert werden sollen. Indes bleibt unklar, in welcher Form die Stiftung aus dem „vorpolitischen Raum“ bei der parlamentarischen Arbeit behilflich sein könnte, zumal diese bisher kaum nennenswert in Erscheinung trat. Wahrscheinlicher ist daher, dass die Durchführung der Tagung maßgeblich durch Andreas Molau initiiert wurde und eher als intellektuelles Feigenblatt dienen soll. Nach Angaben der NPD haben an der Tagung neben Bernd Rabehl und dem NPD-Bundesvize Holger Apfel auch Harald Neubauer („Nation&Europa”) und Rolf Kosiek (Gesellschaft für freie Publizistik) teilgenommen. Nach Insiderberichten soll die Stiftung außerdem einige NPD-Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, JN-Funktionäre sowie Peter Dehoust („Nation&Europa”) und Angelika Willig („Hier&Jetzt”) als Gäste begrüßt haben.

Eine von der NPD-Fraktion geplante Führung der etwa 50 Teilnehmer der Tagung durch das Schweriner Schloss konnte übrigens nicht stattfinden. Die Landtagsverwaltung sah sich angesichts der Sommerpause aus Sicherheitsgründen außerstande, diesem Wunsch nachzukommen. Pastörs glaubte hierin eine Beschneidung in seinen Rechten zu erkennen und zog vor Gericht. Das Verwaltungsgericht jedoch erklärte sich nicht nur für unzuständig, sondern wies außerdem darauf hin, dass die Klage auch „in der Sache keinen Erfolg hätte“.

In den Landtag gelangten die Besucher der Stiftungs-Tagung indes doch. Die NPD machte schlicht von einer Regelung der Geschäftsordnung Gebrauch, nach der jeder Abgeordnete stets zwei Besucher empfangen darf. Bei sechs Abgeordneten ergibt dies Besuchergruppen in einer Stärke von bis zu zwölf Personen. Also wurden die Tagungsteilnehmer einfach nacheinander und in Gruppen durch den Landtag geführt.

Für einen allerdings bedeutete dies, dass er keinen Zutritt zum Schloss mehr erhielt: den mehrfach verurteilten Neonazi Lutz Giesen, seit kurzem Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern. Denn Giesen wird aufgrund bis heute ungeklärter Formalia nicht als Mitarbeiter, sondern bloßer Gast des Landtages geführt und demnach auf das Besucherkontingent der NPD-Landtagsfraktion angerechnet.

Dies führte noch am 8. August 2008 prompt zu einem Protestschreiben des parlamentarischen Geschäftsführers Stefan Köster, der sich darüber beschwerte, dass der blinde „Hass gegen volkstreue Menschen“ nunmehr das Maß „so genannter Diktaturen“ sogar übersteige. Er forderte von der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider außerdem die Bereitstellung eines Schlüssels für das Büro Giesens und drohte mit rechtlichen Konsequenzen, falls bis Ende August dieser „rechtswidrige Akt“ nicht beendet sei.

Mathias Brodkorb/www.endstation-rechts.de

Knastkameraden

Solidaritäts-T-Shirts für einen Polizistenmörder – Ermittlungen gegen den „JVA-Report" in Wittmund aufgenommen.

Dem im ostfriesischen Carolinensiel lebenden Rechtsextremisten Stefan Richardt (Jahrgang 1983) geht es womöglich juristisch an den Kragen. Das könnte zumindest das Ergebnis der Ermittlungen sein, die von der Staatsanwaltschaft Aurich gegen den gebürtigen Brandenburger eingeleitet wurden. Im Zentrum steht dabei der „JVA-Report“. Bei dem handelt es sich um einen Internet gestützten Rundbrief, der inhaftierte Rechtsextremisten und Kriegsverbrecher moralisch und anderweitig unterstützen soll.

Die Adresse der von Stefan Richardt verantworteten Publikation ist in Wittmund, Niedersachsen. Zugleich gilt der gelernte Koch Richardt als Betreiber der dazu gehörenden Homepage, die auf einem Server in den USA abgespeichert ist.

Bei der Landtagswahl im Januar dieses Jahres hatte Stefan Richardt im Wahlkreis 70 (Friesland) für die NPD kandidiert und immerhin rund 600 Stimmen erhalten. Gegen ihn wird aufgrund einer Strafanzeige der Berliner Linken-Abgeordneten Evrim Baba ermittelt. Die Politikerin hatte die Tatbestände der Volksverhetzung, des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angeführt. Evrim Baba nahm unter anderem Anstoß an dem Cover der zehnten Ausgabe: Auf dem sei ein SA-Angehöriger mit einer Hakenkreuzbinde am Arm zu sehen.

Bis zur neunten Ausgabe kam der jetzige „JVA-Report“ unter dem Titel „Freundeskreis Brandenburg“ heraus. Eine Vereinigung gleichen Namens fiel im Zusammenhang mit rechtsextremen Aktivitäten im Raum Belzig (Brandenburg) auf. Das Spendenkonto war im Besitz von Stefan Richardt. Nach Verfassungsschutz-Informationen wurde die Initiative für den jetzigen „JVA-Report“ von dem einsitzenden Mörder Enrico Hilprecht ergriffen. Hilprecht wurde vom Oberlandesgericht Naumburg wegen gemeinschaftlichen Mordes zu einer lebenslangen Freiheiheitsstrafe verurteilt; er hatte mit anderen im Juni 2000 in Dessau in Sachsen-Anhalt den 39-jährigen Mosambikaner Alberto Adriano zu Tode getreten.

Schwerpunktmäßig gibt der „JVA-Report“ im Gefängnis einsitzenden Rechtsextremisten und Kriegsverbrechern ein Forum. Beispielsweise wurde der Neonazi Martin Wiese ausführlich interviewt. Wiese sitzt wegen Bildung und Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie zahlreichen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontroll- und Waffengesetz im Gefängnis. Er war 2005 vom Bayerischen Obersten Landgericht zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Darüber hinaus bietet die Homepage des „JVA-Reports“ Links zu neonazistischen Kameradschaften, listet Termine etwa von Demonstrationen auf und enthält eine Reihe von Filmbeiträgen eindeutigen Inhaltes.

„Freiheit für Kay Diesner”

Im April 2008 bezeichnete die brandenburgische Landesregierung die Homepage des „JVA-Reports“ als die „derzeit umfangreichste rechtsextremistische Homepage zur Gefangenenbetreuung“. Und sie verwies darauf, dass die artverwandte Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) nicht im Internet vertreten sei.

Mit seiner jüngsten Kampagne hatte der „JVA-Report“ auch innerhalb der rechtsextremen Szene für politischen Zündstoff gesorgt. Denn nicht jeder Rechtsextremist war und ist damit einverstanden, dass sich Richardts Organ mit dem Polizistenmörder Kay Diesner solidarisiert. Diesner hatte im Februar 1997 in Berlin einen Anschlag auf einen politisch links stehenden Buchhändler verübt, der dabei schwer verletzt wurde, und einige Tage später bei einer Verkehrskontrolle einen Polizeibeamten erschossen. Ein weiterer Beamter wurde damals schwer verwundet. Über den „JVA-Report“ ist unter anderem ein T-Shirt mit der Aufschrift „Freiheit für Kay Diesner“ erhältlich. Die Einnahmen aus dem Verkauf sollen Diesner zu Gute kommen. Der habe, so heißt es im „JVA-Report“, bei dem Mord an dem „BRD-Polizisten“ Stefan Grage „in Notwehr gehandelt“ und sei auch nach mehr als elf Jahren Haft „standhaft geblieben“.

Tomas Klaus

„Urarische Religion"

Rechter Aufmarsch gegen Hindu-Tempel.

Etwa 120 Teilnehmer der rechtsextremen Szene hatten sich am 23. September im Berliner Stadtteil Neukölln zu einer wochenlang vorbereiteten Demonstration versammelt. Das Motto: „UNSERE Stadt – UNSERE Heimat! Keinen weiteren Hindu-Tempel nach Neukölln!". Einer der Gebetsräume für die rund 6000 in Berlin lebenden Hindus ist noch in der Planungsphase, einer befindet sich schon im Rohbau. Auf der Homepage der NPD-Berlin dagegen hieß es: „Wir sind sicherlich keine Feinde der Religionsfreiheit, doch der Austausch der heimischen Bevölkerung und der optische Wandel der Städte sind nicht hinzunehmen."

Als Hauptredner agierte das NPD-Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln Thomas Vierk gegen den Tempelbau. „Wenn eine Gemeinde von 200 Hindus das Recht erhält, ihren eigenen Tempel zu bauen, dauert es nicht mehr lange, bis jeder Zugereiste seinen eigenen Bau aufstellen will und wahrscheinlich sogar darf!" Unter den Demonstrationsteilnehmern waren der NPD-Vorsitzende Udo Voigt sowie bekannte Personen aus dem Kreis der Freien Nationalisten. Darunter auch Sebastian Zehlecke, der aus dem Umfeld der mittlerweile verbotenen Kameradschaft Tor kommt und erst kürzlich wegen eines Angriffs auf einen Infostand von Nazigegnern in Berlin-Lichtenberg zu 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt wurde. Auch ein Mann, der sich im Herbst 2006 als Aussteiger aus der rechten Szene ausgegeben hatte, wurde auf der Demonstration erkannt.

Auf der rechten Internetplattform Altermedia wurde beklagt, dass es in Neukölln bisher kaum Widerstand gegen den Tempelbau gebe. So wurde die Gründung von Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen in dem Stadtteil ins Gespräch gebracht. Allerdings gab es auf Altermedia auch Widerspruch zu dem Protest. Man solle statt dessen gegen den Bau von Moscheen demonstrieren. Der Hinduismus sei eine „urarische Religion". Unter dem Pseudonym „Kelte" mutmaßte ein User gar: „Im großdeutschen Reich wäre vermutlich sogar Himmler persönlich zur Einweihung des Tempels gekommen."

Peter Nowak

Ausland

„Gezielte Fremdeinflüsse"

Dem Rechtausleger FPÖ werden bei den Nationalratswahlen in Österreich gute Chancen eingeräumt.

Nach Ansicht von Meinungsforschern dürfte die extrem rechte FPÖ bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat am 28. September erfolgreich sein. In manchen Umfragen rangieren die Freiheitlichen bei 20 Prozent. Maximal 5 Prozent werden der FPÖ-Abspaltung Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und ihrem Spitzenkandidaten Jörg Haider zugetraut. Die „klassische rechte Protestpartei", so die „Junge Freiheit", „bleibt die 'Alt'-FPÖ, die unter ihrem 39-jährigen Obmann Heinz-Christian Strache erfolgreich auf soziale Fragen und die Reizthemen EU, innere Sicherheit, Einwanderung/Islam und Neutralität gesetzt hat."

Der Nationalratsabgeordnete Strache, Mitglied der pennalen Wiener Burschenschaft Vandalia, musste im August 2007 öffentlich einräumen, dass er Ende der 80er Jahre Kontakte zur neonazistischen Wiking-Jugend (WJ) hatte. Die WJ wurde in der Bundesrepublik Deutschland 1994 verboten. Strache, Autor des rechtsextremen österreichischen Monatsmagazins „Die Aula", pflegt seit Jahren enge Verbindungen zu Gleichgesinnten in Deutschland. Als Redner war er unter anderem bei Veranstaltungen der Republikaner und der „Bürgerbewegung pro Köln" zugegen.

Seit April 2005 ist Strache FPÖ-Vorsitzender, er ist ein Freund markiger Worte. Beim Landesparteitag der Wiener Freiheitlichen am 7. Mai 2006 sprach er von „gezielten Fremdeinflüssen" und Würstelständen, die China-Lokalen und Kebab-Buden weichen müssten. „Es geht um unsere Heimat. Da muss man auch bereit sein, den Kampfanzug anzuziehen", warnte Strache. Zwei Mal sei in der Vergangenheit bereits die Türkenbelagerung zurückgeschlagen worden: „Schauen wir darauf, dass unsere Vorfahren nicht umsonst gekämpft haben." Bereits 2004 hatte das Oberlandesgericht Wien in einem Prozess festgestellt, dass Strache in seiner Geisteswelt und Diktion seit seinem Einstieg in die Politik stets eine gewisse „Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut" habe erkennen lassen. Ariel Muzicant, Präsident

der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich, ist der Meinung, dass die FPÖ unter der Führung von Strache schlimmer sei als unter Haider.

Als rechte Hand Straches fungiert FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky, „ein strammrechter Karrierist mit einschlägiger Vergangenheit" („Standard"). In einem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung „Zur Zeit“ forderte Nationalratskandidat Vilimsky jüngst „den Widerruf der österreichischen Ratifizierung des Lissabon-Vertrags“. Vilimsky war im September 2007 als Redner beim Gründungsparteitag der „Bürgerbewegung pro NRW" in Bonn zugegen. Weiterer Redner von der FPÖ war in Bonn der Wiener FPÖ-Landesparteisekretär Hans-Jörg Jenewein. Laut Ankündigung in der „Jungen Freiheit" soll der Nationalratskandidat Jenewein im Juni dieses Jahres auf dem Haus der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks in Bonn zum Thema „Islamisierung in Europa am Beispiel von Österreich“ referiert haben. Eine der bekanntesten FPÖ-Politikerinnen ist die einschlägige Stimmungsmacherin und Nationalratskandidatin Susanne Winter. Die Grazer FPÖ-Stadträtin nannte den Propheten Mohammed einen „Kinderschänder“ und erklärte: „Den Koran hat Mohammed im Rahmen von epileptischen Anfällen geschrieben“. Winter gehört seit 1997 der FPÖ an. Mehrfach trat sie als Leserbriefschreiberin in dem antisemitischen, rassistischen Hetzblatt „Phoenix“ des vorbestraften Holocaust-Leugners Walter Ochensberger in Erscheinung. Sie lamentierte dabei über „Lebenslügen des Feminismus“ oder beschwerte sich über „Geldgeschenke an Scheinasylanten“.

„Stets eine gewisse Nähe zu nationaldemokratischem Gedankengut"

Nationalratskandidat Johann Gudenus ist in der Vergangenheit durch vorbelastete Ausdrücke aufgefallen – so verwendete er angesichts des Ansteigens von Einbürgerungen in Österreich den NS-Terminus „Umvolkung“. Sein Vater John Gudenus, selbst ehemals FPÖ-Nationalratsabgeordneter, wurde im April 2006 von einem Wiener Geschworenengericht zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung wegen „Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus“ verurteilt. Anfang Mai 2008 nahm Johann Gudenus als Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) an einer Konferenz des extrem rechten Vlaams Belang in Antwerpen teil.

Vor Ort war auch der FPÖ-Politiker und Nationalratskandidat Dietbert Kowarik. Kowarik gehört wie Nationalratskandidat Harald Stefan und Nationalrat Martin Graf der Burschenschaft Olympia an. Stefan bekannte sich 1995 in einem Leserbrief dazu, die „Junge Freiheit“ „gern“ zu lesen. Graf meinte vor Jahren über den 1991 verstorbenen Neonazi und „Bundesbruder“ Norbert Burger: „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus.“ Zum NS-Verbotsgesetz sagte Graf: „Es muss in einer demokratischen Welt zulässig sein, ein Gesetz, das die Meinungsfreiheit und die politische Tätigkeit einschränkt, zu kritisieren.“ Im „Spiegel“ erklärte Graf 1997: „Die heutigen Staatsgrenzen wurden willkürlich gezogen; das deutsche Volkstum muss sich frei in Europa entfalten können.“

Durch einen Auftritt bei einem „Wehrmachtsgedenken“ der Burschenschaft Olympia hat Wolfgang Jung, der bereits für die FPÖ im Nationalrat saß, laut Angaben der Tageszeitung „Kurier" auf sich aufmerksam gemacht. Schlagzeilen lieferte Jung 2002, als er den 8. Mai „Tag der totalen Niederlage“ nannte. Nationalratskandidat Gregor Amhof bezeichnete im April 2005 die Holocaust-Opfer gegenüber den anderen Kriegs-Opfern als „privilegiert“. Im Oktober 2004 vermeldete die „Aula“, dass bei den NS-apologetischen „Kärntner Kulturtagen“ „erstmals auch die Jugend ... deutlich Flagge“ gezeigt habe. RFJ-Bundesgeschäftsführer Amhof schwadronierte laut „Aula“ unter anderem „über die heimatlose Jugend“.

Die FPÖ-Nationalratskandidatin Ulrike Raisch, Autorin des landsmannschaftlichen Blättchens „Der Eckart“ und der „Aula“, war 2005 als Referentin bei der „Kärntner Kulturwoche“ zugange. 2004 ging Monika Mühlwerth, die nun ebenfalls für die FPÖ antritt, in der „Aula“ der Frage nach „„Müssen Österreicher bald Türkisch lernen?“. Erneut für den Nationalrat kandidiert Lutz Weinzinger, Mitglied der Wiener Burschenschaft Bruna-Sudetia. 2001 beklagte Weinzinger in der „Aula“ den „unmoralischen Druck der Homo-Lobby“ und gab kund: „Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Homosexualität kein harmloses Hobby ist, sondern nicht nur die seelische, sondern auch die körperliche Gesundheit in Mitleidenschaft zieht.“

Anton Maegerle

Seitenblick

Tod nach Disco-Besuch

Mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist schlägt und tritt Gleichaltrigen zu Tode.

Die Stadt Magdeburg muss ihr nunmehr drittes Opfer rechtsextremer Gewalt verzeichnen. Der 20-jährige Rick L. wurde von einem mehrfach einschlägig vorbestraften Rechtsextremisten so brutal zusammengeschlagen und -getreten, dass er noch am Tatort seinen schweren Verletzungen erlag. Der Täter hatte sein Opfer nach der Gewaltorgie in ein nahe gelegenes Gebüsch gezerrt, wo der Kunststudent, so das Ergebnis der Obduktion, an seinem eigenen Blut erstickte. Zuvor, so der Obduktionsbericht, müsse das Opfer massive Schläge und Tritte gegen Körper und Kopf erlitten haben. Auch die dadurch verursachten Verletzungen hätten durchaus tödlich sein können.

Rick L. hatte am Abend des 16. August eine Diskothek im Süden Magdeburgs besucht. Von Freunden und Bekannten wird er als so genannter „Stino“, also als „Stinknormaler“ beschrieben. Er gehörte damit nicht unbedingt zu den erklärten Feindbildern von Rechtsextremisten wie linksalternative Jugendliche oder Punks. Die Diskothek hatte er am frühen Morgen allein verlassen, um mit dem Nachtbus nach Hause zu fahren. Was sich an der Bushaltestelle dann tatsächlich zugetragen hat, ist nach Polizeiangaben noch nicht vollständig geklärt. Die Ermittler hoffen hierzu auf Aussagen von Zeugen. Fest stand zunächst lediglich, dass die Leiche von Rick L. nur unweit der Haltestelle in einem abgelegenen Gebüsch gefunden wurde.

Zeugen sagten aus, dass sie nahe des Tatortes eine schlanke, 20 bis 25 Jahre alte Person, bekleidet mit einer Bomberjacke, beobachtet hätten. Auf Grund dieser Informationen und zusätzlicher Umfeldermittlungen stieß die Mordkommission schnell auf eine heiße Spur, die schließlich zur Festnahme eines Verdächtigen führte. Für die Ermittler ein alter Bekannter. Bastian O. war bereits im November 2005 wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu einer Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Die Bewährung wurde ein Jahr später widerrufen, nachdem O. einen Studenten aus Togo zunächst mit einem Baseballschläger angegriffen und dann seinen Kampfhund auf den Schwarzafrikaner gehetzt hatte. Der Auslandsstudent war seinerzeit an Armen und Beinen schwer verletzt worden. Unter Einbeziehung weiterer Delikte, unter anderem wegen räuberischer Erpressung, wurde Bastian O. Anfang 2006 wegen Körperverletzung, Volksverhetzung und Beleidigung zu zwei Jahren Jugendstrafe verurteilt, erst im Februar dieses Jahres ist er aus der Jugendhaft entlassen worden.

Es fiel den Ermittlern leicht, ihren „alten Bekannten“ auf Grund der Zeugenaussagen zu identifizieren und festzunehmen. Bastian O. streitet den Tatvorwurf ab und schweigt darüber hinaus bei allen Vernehmungen. Bei einer Hausdurchsuchung allerdings stießen die Ermittler auf die Bomberjacke des Tatverdächtigen, die nach Angaben der Staatsanwaltschaft „DNA-fähiges Material“ aufweist. Diese Beweise im Zusammenhang mit weiteren Indizien reichten auch dem Haftrichter aus, Haftbefehl gegen Bastian O. zu erlassen.

„Toter ist Kollateralschaden”

Während Bastian O. in den Befragungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft weiterhin eisern schweigt, verbreiten Verwandte des mutmaßlichen Täters unter Sympathisanten der rechten Szene eine Version, nach der die Prügelorgie O.s eine „normale Discoschlägerei“ gewesen sei, der Tod seines Opfers lediglich so etwas wie ein „Kollateralschaden“.

Die Obduktion des Opfers hatte hingegen ergeben, dass Rick L. auf Grund seines hohen Alkoholkonsums gar nicht in der Lage gewesen wäre, eine Schlägerei durchzustehen, geschweige denn, sich gegen die brutalen Schläge und Tritte eines Gegners wie Bastian O. zur Wehr zu setzen. Zudem gehen die Ermittler davon aus, dass der Fundort der Leiche, die hinter einem Gebüsch verborgen war, darauf hinweist, dass der mutmaßliche Täter zumindest wusste, was er seinem Opfer angetan hatte. Denn Freunde von Rick L., mit denen er gemeinsam in der Diskothek gefeiert hatte, haben ausgesagt, dass der 20-Jährige eigentlich nur noch nach Hause wollte, und das so schnell wie möglich. Den Weg nach Hause fand er nicht mehr, statt dessen traf er auf den Mann, der ihn so zusammenschlug und -trat, dass er noch am Tatort seinen Verletzungen erlag.

Eberhard Löblich

Demokratische Initiativen

Schöner wohnen ohne Nazis

Ein Magdeburger Stadtteil wehrt sich gegen braune Unterwanderung.

Der jüngst aufgeflogene und inzwischen aus ordnungs- und baurechtlichen sowie Brandschutzgründen behördlich geschlossene Neonazi-Club „Standarte 26“ war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Schon länger haben Anwohner des Magdeburger Stadtteils Alte Neustadt einen verstärkten Zuzug von Angehörigen der rechtsextremen Szene in den Stadtteil beobachtet. Jetzt setzen sie sich zur Wehr.

Den Auftakt der Anwohner-Proteste gegen die Neonazi-Nachbarn machte ein Straßenfest, dem weitere vielfältige Initiativen der Anwohner, aber auch der in dem Stadtteil ansässigen Vereine und Initiativen folgen sollen. „Wir wollen die Alte Neustadt nicht widerstandslos dem rechten Sumpf überlassen“, sagt der Initiator der Aktivitäten, Marcus Barwitzki. Er hatte die Idee für das Stadtteilfest, mobilisierte Gleichgesinnte und setzte auch sonst alle Hebel in Bewegung, damit das Fest innerhalb von nur gut zwei Wochen steigen konnte. Motto des Festes: „Schöner wohnen ohne Nazi-Nachbarn“.

Gemeinsam mit dem in der Alten Neustadt ansässigen Verein Kulturanker e. V. stemmte Barwitzki die Vorbereitungen in kürzester Zeit. „Wir haben uns in diesen zwei Wochen schon wie Hamster in ihren Laufrädern gefühlt“, sagte er am Rande des Festes. Aber die Veranstalter stießen überall auf offene Ohren. Verbände, Vereine, Kirchen, die Stadt sowie alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen sagten ihre Unterstützung und Teilnahme zu, Landtagspräsident Dieter Steinicke, selbst Magdeburger, übernahm die Schirmherrschaft. Steinicke ist auch Schirmherr des landesweit aktiven „Netzwerkes für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt“.

In den vergangenen Monaten waren immer mehr Angehörige der rechtsextremen Szene in die Alte Neustadt gezogen. Kristallisationspunkt war eine von dem „Verein für Sport und Freizeit e. V.“ angemietete Baracke im Hinterhof eines leer stehenden Bürogebäudes, in der der Neonazi-Club „Standarte 26“ seinen neuen Sitz hatte, nachdem die Stadt die ursprünglichen Clubräume im Stadtteil Kannenstieg aus ordnungsrechtlichen Gründen geschlossen hatte. Zuvor war im Umfeld der alten Clubräume die Zahl der Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremem und ausländerfeindlichem Hintergrund spürbar angestiegen. Eine Häufung derartiger Delikte beobachtet die Polizei seit einiger Zeit auch in der Alten Neustadt. Eine Hundertschaft der Polizei hatte den neuen Club-Sitz kürzlich gestürmt und war auf ungewohnt heftigen Widerstand gestoßen (bnr 17/08). Die Ermittlungen des Staatsschutzes gegen eine Vielzahl der zu diesem Zeitpunkt rund 100 Anwesenden in den Clubräumen laufen derzeit noch, in einem Fall wird gegen einen unbekannten Täter wegen versuchten Totschlags ermittelt. Der Neonazi-Club ist nach der SS-Standarte 26 benannt, die in der Hitlerzeit zeitweilig in Magdeburg stationiert war.

Dass die Befürchtungen der Anwohner von Alte Neustadt, ihr Stadtteil könne zur neuen Hochburg der rechtsextremen Szene in Magdeburg werden, alles andere als unbegründet sind, zeigt die Reaktion der Szene auf die Ankündigung des Straßenfestes. Kurze Zeit darauf fanden zahlreiche Anwohner eine Postwurfsendung des „Vereins für Sport und Freizeit“ in ihren Briefkästen. Darin stellte sich der Verein als wohl national, dennoch aber verfassungskonform dar. Der Verein verleugnet in dem Flugblatt aber nicht seine eindeutig politische Ausrichtung, sondern verweist ausdrücklich auf die Nähe und die engen Kontakte zu den „Freien Kameradschaften“ in ganz Sachsen-Anhalt und der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Zudem wurde den „lieben“ Nachbarn“ der Besuch der Rechtsextremisten beim Straßenfest angekündigt, um mit den Anwohnern „eine nette Unterhaltung“ zu führen.

Tatsächlich besuchten etwa 30 Neonazis das Straßenfest, hielten sich aber unter der ständigen Beobachtung von zivilen Beamten des Staatsschutzes und uniformierten Polizeibeamten weitgehend zurück. Dennoch kam es zu einzelnen Provokationen. Die Rechtsextremisten fotografierten teilnehmende Kommunal- und Landespolitiker sowie anwesende Journalisten in Großaufnahme. Die eingesetzten Polizeikräfte konnten zahlreiche Filme beschlagnahmen beziehungsweise das Löschen von Aufnahmen mit Digitalkameras veranlassen. An mehreren Infoständen fühlten sich Anwohner des Stadtteils von den Rechtsextremisten bedrängt.

Rückblickend wertet Initiator Barwitzki das Straßenfest als vollen Erfolg. Besonders positiv sieht er auch die Teilnahme von Migranteninitiativen an der Vorbereitung und kultureller Migrantengruppen an der inhaltlichen Ausgestaltung des Festes. „Und dieses Fest soll bei Weitem keine Eintagsfliege, kein einmaliges Zeichen der Anwohner gegen die braune Nachbarschaft bleiben“, sagt er. Im Gegenteil: Es soll Keimzelle einer Stadtteilinitiative sein, die sich die Gegenwehr gegen die Unterwanderung ihres Viertels durch die Rechtsextremisten mit gewaltfreien Mitteln und über alle sonstigen sozialen, kulturellen und politischen Grenzen der Anwohner hinweg auf die Fahnen schreibt. Konkrete Pläne sollen bei einer Bürgerkonferenz geschmiedet werden, zu der Barwitzki und seine Mitstreiter schon für Anfang September eingeladen haben. Ort der Konferenz: Das leerstehende Bürohaus, in dem der „Verein Sport und Freizeit e. V.“ zum nunmehr zweiten Mal vergeblich versucht hat, seinen rechtsextremen Club „Standarte 26“ dauerhaft zu etablieren.

Eberhard Löblich

Wider den braunen Ungeist

Schüler-Bands aus Wunsiedel rocken gegen Rassismus.

Seit dem Tod von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 17. August 1987 und dessen Bestattung in Wunsiedel im Fichtelgebirge wurde die Gemeinde von der braunen Szene heimgesucht. Schnell wurde klar, dass das Heß-Grab regelmäßig Mitte August eine Pilgerstätte für Neonazis werden sollte. Eine gebührende Zivilcourage gegen den braunen Ungeist hat sich aber kontinuierlich erst in den letzten Jahren entwickelt. Anfangs wurde die örtliche Bevölkerung seitens der Wunsiedler Verwaltungsspitze aufgerufen, den Neonazi-Aufmärschen mit Nichtbeachtung zu begegnen. Diese Haltung hat sich in den letzten Jahren nun grundlegend gewandelt, auch weil vor Ort nazistisches Gedankengut Einzug gehalten hatte und sich losgelöst vom Heß-Gedenken sogar lokale Treffpunkte der rechten Szene entwickelt hatten.

Seit 2005 ist den Heß-Märschen juristisch ein Riegel vorgeschoben. In Wunsiedel hat man stattdessen Mitte August den „Tag der Demokratie“ aus der Taufe gehoben. Inzwischen wird das Thema Rechtsextremismus offen angegangen, nicht totgeschwiegen, und die Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf die Ausrichtung des bunten Aktionstages für Vielfalt, Zivilcourage und Demokratie. Der Bürgermeister setzt sich dabei an die Spitze für Gedanken zur Völkerverständigung und Toleranz. Kräfte der gesellschaftlich relevanten Gruppen wie Kirche, Politik und Gewerkschaft ziehen in dieser Frage mutig an einem Strang, immer mehr Vertreter von Verbänden und Vereinen reihen sich ein. Die Botschaft ist in Wunsiedel auch in allen Schulen angekommen: Alle Bildungseinrichtungen tragen inzwischen den Stempel der Aktion „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage!”

Der neonazistische „Kameradschaftsbund Hochfranken” hat im Vorjahr vor Schulen und an Bushaltestellen in Wunsiedel so genannte Schüler-CDs verteilt, um die Teenager mit Rechtsrock in Berührung zu bringen und für ihre Gesinnung zu ködern. „Das Presswerk wurde, kurz nachdem es in den Umlauf gebracht wurde, indiziert, weil sich geschichtsrevisionistische Aussagen darauf befanden“, weiß Simone Richter von der Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bayern. Als Reaktion darauf haben sich jetzt drei Schülerbands aus Wunsiedel für ein CD-Projekt unter dem Titel „Wir rocken gegen Rassismus“ zusammengefunden. Elf Lieder haben sie eingespielt, neben fetzigen, themenbezogenen Coverstücken auch drei Eigenkompositionen. Dazu gesellten sich mit je einem engagierten Stück die „Biermösl Blosn”, Rainhard Fendrich und Konstantin Wecker. Wer weiß, vielleicht entwickelt sich der nun vorgelegte Tonträger für die Realschüler von „Full House”, die Wirtschaftsschüler von „Teenitus” und die Gymnasiasten von „Profile” auch zu einem musikalischen Sprungbrett. „Die klopfen doch bloß blöde Sprüche, wir lieber voll aufs Schlagzeug! Unsere Songs bringen’s wenigstens“, so die Gruppe „Fullhouse”. Mit Hilfe engagierter Pädagogen und ein paar Sponsoren ist in Wunsiedel eine nachahmenswerte Idee realisiert worden.

Horst Freires

Die CD kann bestellt werden beim Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum, Markgrafenstr. 34, 95680 Bad Alexandersbad (Tel.: 09232/993923).

Blick in die Zeitgeschichte

NS-Gräueltaten aufgeklärt

Vor 50 Jahren wurden die Urteile im Ulmer Einsatzgruppen-Prozess gesprochen – das Verfahren erfuhr große öffentliche Aufmerksamkeit.

Zur deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg gehören auch Versuche, die schlimmsten NS-Verbrechen aufzuklären und die Täter/innen zur Verantwortung zu ziehen. Dieses wichtige Kapitel der Nachkriegsgeschichte war zugleich das unpopulärste. Dass es dennoch mit einigem Erfolg durchgesetzt werden konnte, ist Folge eines NS-Verfahrens, das vor 50 Jahren zu Ende ging.

Am Anfang stand ein Streit vor einem Arbeitsgericht. Ein ehemaliger Kriminalbeamter hatte es im baden-württembergischen Ulm zum Chef eines Lagers für Flüchtlinge aus Ostdeutschland gebracht. Wegen seines rüden Umgangs mit Bewohnern des Lagers war er entlassen worden. Er klagte auf Wiedereinstellung. Die Angelegenheit beschäftigte örtliche Medien. Daraufhin meldete sich ein Bürger, der angab, den Mann zu kennen, allerdings unter anderem Namen. Als Polizeichef der litauischen Stadt Memel (Klaipeda) habe er nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR an Massenmorden unter den Juden der Stadt teilgenommen. Die Behörden Ulms nahmen die Ermittlungen auf, studierten auch die Entnazifizierungsakten des Mannes, die ihm eine saubere Weste bescheinigten, stutzten aber wegen des neuen Namens. Schließlich stellten sich die Anschuldigungen gegen ihn als zutreffend heraus.

Nun wurde die Ulmer Staatsanwaltschaft tätig. Sie stieß auf weitere Angehörige einer Einheit des Sicherheitsdienstes (SD), die zur selben Zeit in Klaipeda stationiert waren und vermutlich gleichfalls gemordet hatten. Schließlich mussten zehn ehemalige SD-Führer in Ulm auf der Anklagebank Platz nehmen. Im Laufe der Hauptverhandlung fiel immer wieder der Begriff „Einsatzkommando" – der Justiz bis dahin unbekannt. Am 29. August 1958 wurde Fischer-Schweder – so hieß der entlassene Lagerleiter – zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafen für die anderen neun Beschuldigten lagen zwischen drei und 15 Jahren.

Die Hauptverhandlung erregte immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Noch nie hatte ein Gericht über so grausige NS-Verbrechen außerhalb von Konzentrationslagern verhandeln und urteilen müssen. Doch von „Einsatzgruppen" war vorher nie die Rede gewesen. Dabei waren das vier mobile Tötungseinheiten des SD und der Sicherheitspolizei (SiPo), die unmittelbar hinter der Wehrmacht in eroberte Gebiete nachrückten, um dort missliebige Personen festzunehmen. Ihre ersten Einsätze hatten sie nach dem „Anschluss" Österreichs. Es folgte die Annexion der Tschechoslowakei, danach am 1. September 1939 der Überfall auf Polen, wo sie vom ersten Tag an Juden und Intellektuelle ermordeten – insgesamt etwa 15 000. Ähnlich war es später besonders in der UdSSR, allerdings handelte es dort sich um Millionen Opfer.

Die Erkenntnisse der Ulmer Richter alarmierten die Justizminister und -senatoren der Länder. Schon bei ihrer ersten Konferenz nach dem Ulmer Urteil beschlossen sie im Oktober 1958 in Bad Harzburg, eine Behörde einzurichten, die systematisch mutmaßlichen NS-Verbrechen nachzugehen, Ermittlungen aufzunehmen und zu bestimmen hatte, welche Staatsanwaltschaft die Angelegenheit weiterführen sollte. Das war die Geburtsstunde der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen". Sitz der Zentralstelle wurde Ludwigsburg bei Stuttgart. Ihren Auftrag beschrieb der langjährige erfolgreiche Behördenleiter Adalbert Rückerl in seinem Buch „Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945 – 1978" so: „… alle erreichbaren einschlägigen Unterlagen über die von ihr aufzuklärenden Straftaten zu sammeln, zu sichten, voneinander abgrenzbare Tatkomplexe herauszuarbeiten und den Verbleib der Täter zu ermitteln". Damit gab es 13 Jahre nach der Befreiung endlich eine zentrale Ermittlungsbehörde, die sich große Verdienste auch um die Bundesrepublik Deutschland erworben hat. Ihre weltweiten Ermittlungen haben viele tausend Juristen und Polizeibeamte aus anderen Staaten nach Ludwigsburg geführt, die von den deutschen Bemühungen überzeugt werden konnten, NS-Verbrechen tatsächlich aufzuklären.

Der SWR hat kurz vor dem 50. Jahrestag einen Film über den Ulmer Einsatzgruppenprozess gesendet – mit dem Hinweis „unter 16 Jahren nicht geeignet" – eine völlig abwegige Warnung.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Oberbürgermeisterkandidat

Köln – Die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro Köln“ hat bei einer Mitgliederversammlung am vorletzten Augustwochenende ihren Vorsitzenden Markus Beisicht (45) im Amt bestätigt. Wiedergewählt wurden zudem seine Stellvertreter Judith Wolter (30) und Markus Wiener (32). Auch Schatzmeister Manfred Rouhs (42), mit dem es in der Vergangenheit öfter einmal Differenzen in der Frage einer bundesweite Ausdehnung der „Bürgerbewegung“ gegeben hatte, bleibt im Amt. Beisicht wurde nach Angaben von „pro Köln“ mit 98 Prozent der Stimmen als Oberbürgermeisterkandidat nominiert. Erweitert wurde bei der Versammlung, die gemeinsam mit der „Bürgerbewegung pro NRW“ stattfand, deren Landesvorstand: Mit Jürgen Hintz (60) aus dem Rhein-Erft-Kreis wurde ein vierter stellvertretender Landesvorsitzender gewählt. Zudem wurden vier weitere Beisitzer bestimmt: Fabian Thies (Lippe), Timo Bachmeier (Gelsenkirchen), Frank Baumgarten (Bonn) und Renate Willms (Mönchengladbach). Gastredner war der Wiener FPÖ-Politiker Johann Herzog. (ts)

Scheingeschäfte

Straßberg – Der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schützinger hatte Anfang Juli verkündet, dass die – finanziell gebeutelte – Partei den „Linderhof“ vor den Toren des 2700-Einwohner-Ortes Straßberg (Zollernalbkreis) kaufen und darin ein Schulungszentrum errichten wolle. Genannt wurde ein völlig überteuerter Preis für den baufälligen einstigen Nachtclub. Seit Bekanntgabe der angeblichen Kaufabsicht protestierten Parteien, Landrat und Bürgermeister. Offiziell weiterhin interessiert ist die baden-württembergische NPD auch an einem Objekt in Karlsruhe. Das vorgebliche Interesse der notorisch finanziell klammen NPD an dem Erwerb von Immobilien ist nach Ansicht von baden-württembergischen Verfassungsschützern ein Finanz-Trick: „Die Partei hat erkannt, dass sie damit Druck auf die Kommunen ausüben kann, um überhöhte Preise zu erzielen.“ Für die NPD, so sagte der Verfassungsschützer Frank Dittrich, könne dies ein „lohnendes Geschäft“ sein, wenn sie mit dem Verkäufer zusammenarbeite und die Provision kassiere. Normalerweise würden derartige Geschäfte laut Verfassungsschutz eher im Geheimen getätigt. „Die Partei hat erkannt, dass das Bekanntwerden der Verkaufsabsichten Vorteile bringen kann", erklärte Dittrich. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de